

# Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

## Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mt. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mt. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Inserationspreis 10 Pf. pro dreispaltene Corpusszeile.

Land und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion S. A. Berger darselbst.

No. 87.

Sonnabend, den 23. Juli

1896.

### Bekanntmachung.

Die in Gemäßheit von Artikel II § 6 der Allerhöchsten Verordnung vom 21. Juni 1887 — Reichsgesetzblatt Seite 245 fg. — nach dem Durchschnitte der höchsten Tagespreise des Hauptmarkortes Meissen im Monate Juni d. J. festgesetzte und um fünf vom Hundert erhöhte Vergütung für die von den Gemeinden resp. Quartierwirthen innerhalb der Amtshauptmannschaft im Monate Juli d. J. an Militärpferde zur Verabreichung gelangende Marschvorsorge beträgt

7 Mark 53,3 Pf. für 50 Stilo Hafer,
3 " 28,1 " " 50 " Heu,
2 " 10 " " 50 " Stroh.

Meissen, 23. Juli 1896.

Königliche Amtshauptmannschaft.  
J. B. Meusel, Regierungsauffessor.

### Der internationale Sozialistenkongress zu London.

Nächster Tage tritt in der englischen Hauptstadt wieder einmal ein internationaler sozialdemokratischer Kongress zusammen, zu welchem bislang etwa 900 Vertreter des „Proletariats“ aus allen Theilen der Welt ihr Erscheinen zugesagt haben. Schon jetzt liegen dem bevorstehenden neuesten Stelldecker der Führer und Vertrauensmänner der internationalen Arbeiterpartei eine ganze Reihe von Anträgen und Resolutionen verschiedensten Inhalts vor, über deren Erörterung es in der Versammlung theilweise wohl zu lebhaften Auseinandersetzungen kommen dürfte. Außerdem ist aber in den Londoner Sozialistenkongress noch vor seinem Beginn durch die entstandene Frage, ob auf ihm auch die Anarchisten zugelassen werden sollen oder nicht, ein spezieller Punkt gesetzt worden. Wie einmüthig, hatten sich auf dem zu Zürich stattgefundenen letzten internationalen Sozialistenkongress auch die Anhänger der rühmlichen Alliance unserer modernen Umsturzpartei eingeschunden, in dem guten Glauben, daß sie in einer Versammlung von erklärten Gegnern der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung gewiß auch Hausrecht besäßen. Indessen wurde den anarchischen „Genossen“ nach weitläufigen heftigen Debatten von der Mehrheit des Züricher Kongresses der Standpunkt dahin klar gemacht, daß sie den Kongress wieder zu verlassen hätten, welchem Majoritätsbeschlusse sich die anarchischen Gäste wohl oder übel fügen mußten. Um nun einer Wiederholung solcher zeitraubenden Erörterungen über die Zulassung der Anarchisten zu sozialistischen Kongressen vorzubeugen, ist dem Londoner Kongress u. A. auch der Antrag zugegangen, die Theilnahme an parlamentarischen Leben als die erste und wesentliche Form der politischen Aktion zu erklären. Dieser Antrag zielt direkt gegen die Anarchisten, die ja den gesammten Parlamentarismus als „Lumpen“ verwerfen, seine Annahme würde also die dauernde Ausschließung der anarchischen Delegirten von den sozialistischen Kongressen bedeuten.

Aber gegen eine solche Vergewaltigung der „anarchischen Brüder“ erhebt sich auch jetzt wieder energischer Widerspruch aus dem sozialistischen Lager. Ein Theil der französischen Sozialdemokraten wünscht entschieden die Zulassung der Anarchisten auf dem Londoner Kongress, wie dies aus den lebhaftesten besprechenden Ausführungen des Pariser Aleanistensblattes „Le Parti Ouvrier“ hervorgeht. Die gleiche Stellung in der angelegten Frage nehmen die holländischen Sozialdemokraten ein, die überhaupt immer stark zum Anarchismus neigten. Auch Gruppen der italienischen und spanischen Sozialisten haben sich in einem der Zulassung der Anarchisten günstigen Sinne verhalten lassen und auf englischer Seite beantwortet dieselbe Forderung die anabhängige Arbeiterpartei (Independent Labour Party). Es wird also auch in London wie vorher in Zürich wegen der Anarchisten zweifellos recht lebhaft zugehen, und selbstverständlich wäre es für letztere kein geringer Triumph, wenn ihre Fürsprecher im Sozialistenkongresse diesmal siegen könnten.

Aber auch die eigentlichen Kongressarbeiten werden sicherlich in der Londoner Versammlung nichts weniger als glatte Verhandlungen veranlassen. J. B. verlangen die Vertreter der holländischen Zimmerleute, daß der Kongress sich lediglich mit wirtschaftlichen Fragen befasse, während das französische revolutionäre Centralcomite beantragt, derselbe solle die Erhebung der politischen Gewalt durch das Proletariat zum Sozialisten erheben. Von einem anderen Theile der französischen Sozialisten wird vorgeschlagen, der Kongress möge die Stellung der Arbeiter zur Kolonialpolitik und zur landwirtschaftlichen Lage Europas, sowie die Frage einer allmählichen Verkürzung des Militärdienstes behandeln. Die Holländer schlagen vor, eine Kriegserklärung einer Regierung durch einen allgemeinen Streik zu beantworten, die englische unabhängige Arbeiterpartei

dagegen wendet sich in einer Resolution wider den Generalstreik als eine „nutzlose und gefährliche Illusion“. Man sieht: So viel Köpfe, soviel Sinne, und darum wird vermuthlich auch der Londoner Sozialistenkongress die von den Arbeiterparteiern immer so gerühmte „Solidarität“ und „Harmonie“ der „Genossen“ wieder in recht merkwürdige Beleuchtung rücken.

### Tagesgeschichte.

An den diesjährigen Kaiserjahren und an den damit in Verbindung stehenden Festlichkeiten in Breslau und Göttingen werden, soweit bis jetzt feststeht, folgende Fürstlichkeiten theilnehmen: der König von Sachsen, Generalfeldmarschall Prinz Albrecht von Preußen, Regent von Braunschweig, Generalfeldmarschall Prinz Georg von Sachsen, Herzog Nikolaus von Württemberg und der jüngste Sohn des Königs Viktor von Schweden, welcher seit kurzem à la suite des Dragonerregiments König Friedrich III. (2. Schlesiens) Nr. 8 geführt wird.

Wie vorausgesehen war, ist in unterrichteten Kreisen nichts davon bekannt, daß der Großherzog von Baden anlässlich seines bevorstehenden sechzigsten Geburtstages zum König ausgerufen werden soll. Wir gehen auf das Gerücht nochmals ein, weil verschiedentlich die Meinung zu bestehen scheint, daß die Verleihung der Königswürde eventuell durch den Kaiser zu erfolgen hätte. Davon könnte aber keine Rede sein, sondern ein derartiger Akt fiel einzig in die Zuständigkeit des Monarchen und der Volkvertretung von Baden. Setzt sich der Großherzog die Königskrone auf's Haupt, so ist er damit auch König. Natürlich gilt das nur von der formalen Seite der Sache, und der Akt würde in keinem Falle stattfinden, ohne daß zuvor die Zustimmung nicht bloß des Kaisers, sondern auch der übrigen Bundesfürsten eingeholt worden wäre. Ein weiteres in Süddeutschland umgehendes Gerücht will wissen, daß Elsaß-Lothringen durch Personunion mit dem neuen Königreiche Baden vereinigt werden soll. Es bedarf kaum eines Wortes darüber, daß davon ernstlich gar nicht gesprochen werden kann. Als Elsaß-Lothringen wieder deutsch wurde, wäre die Angliederung des Landes an Altdeutschland durch Einverleibung in Baden möglich gewesen, und Neuliches ist damals thatsächlich besprochen worden. Heute aber ist die staatsrechtliche Stellung der Reichslande verfassungsmäßig fest umgrenzt und ihre Aenderung könnte wieder nur durch eine Revision der Reichsverfassung vor sich gehen.

Die schwierigen Verhältnisse, mit denen die innere Politik des Reiches sich infolge der herrschenden Parteiverwirrung abzufinden hat, nähren die ohnehin den Deutschen vielfach eigenenthümliche Neigung, sich der Schwarzseherei mit Bezug auf die Zukunft Deutschlands hinzugeben. Man sieht nicht bloß im Innern überall Gespenster, sondern glaubt auch aus manchen Zeichen auf eine Verdunkelung des Gewölks am Horizont der großen internationalen Politik schließen zu sollen. Es ist bestreblich, wie gerade jetzt derartige Befürchtungen in den Vordergrund treten können. Soweit die Beziehungen Deutschlands zu den auswärtigen Mächten in Frage kommen, hat sich von dem Augenblicke an, wo der gegenwärtige Reichskanzler die Fäden des Reiches in seinen Händen hält, die Lage Deutschlands unstrittig günstiger gestaltet. Vor Jahren machte sich allerdings die Entfremdung zwischen dem deutschen Reich und Rußland in vielfacher Hinsicht nachtheilig fühlbar. Aber gegenwärtig sprechen doch viele Anzeichen dafür, daß eine Annäherung zwischen den beiden Reichreichen Platz gegriffen hat. Das erste Symptom dafür war die Aufhebung des Beleidigungsverbotes der russischen Werthe bei der Reichsbank. Nicht minder fallen die finanziellen Dienste in's Gewicht, die dem russischen Staate von der deutschen Finanzwelt bereits geleistet worden sind und noch geleistet werden sollen. Erst in diesen Tagen ist wieder der Vertreter eines großen Berliner Bankhauses zu Verhandlungen über eine russische Anleihe zum Zwecke der Durchführung der Goldwährung nach Petersburg gereist. Auch der Besuch

der deutschen Kriegsschiffe in russischen Gewässern ist jedenfalls kein bloß zufälliger gewesen. Seit längerer Zeit ist die deutsche Kriegsflagge in einem russischen Hafen nicht gehißt worden. Noch bedeutungsvoller ist der Empfang der deutschen Offiziere und Mannschaften in Petersburg, sowohl seitens des Hofes, wie seitens der Behörden und Bevölkerung. Wenn der gegenwärtige Augenblick zu einer Entsendung der deutschen Kriegsschiffe in die Gewässer der Neva aussersehen wurde, so müssen die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland für einen Austausch gegenseitiger Höflichkeiten besonders günstig sein. Vom Standpunkt einer vernünftigen deutschen Interessenpolitik kann man diese Erscheinungen nur freudig begrüßen. Sie leisten den Befürchtungen für die Zukunft Deutschlands keinen Vorstoß. Ebenso tragen die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich zur Zeit einen beunruhigenden Charakter nicht an sich. Was wir von unserm westlichen Nachbar zu halten haben, weiß man in allen einsichtigen Kreisen Deutschlands ganz genau. Deutsche Liebenswürdigkeiten werden den französischen Groß nicht überwinden, wohl aber wird jede deutsche Verlegenheit den französischen Chauvinismus neu beleben. Die Aussichten dazu mindern sich, wenn das gute Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland sich vertieft, und darum kann man den verantwortlichen Trägern der deutschen auswärtigen Politik nur dankbar sein, daß sie den größten Werth auf die Erhaltung guter Beziehungen zu Rußland legen. Befehlet Deutschland weiter den gesunden Moltkeschen Grundsatz, sich stark zu machen zu Wasser und zu Lande, sich ein stets schlagfertiges Heer zu erhalten und seine Marine auf eine seiner Wachststellung entsprechende Höhe zu bringen, so liegt wahrlich kein Grund vor, daß man bei und mit Bangen der Zukunft entgegensteht. Für Deutschland gilt der Grundsatz: „Wir Deutsche fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt.“

In einem Aufsatze über die Vereinfachung der Arbeiterversicherung vertheidigt Dr. Richard Freund von Reum den Gedanken, den mannigfachen und viel beklagten Missethänden, womit unsere Arbeiterversicherung behaftet ist, durch Zusammenlegung der verschiedenen Versicherungen abzuheben. Diese Zusammenlegung werde nach seinem Plane auf dem Unterbau einer lokalen Organisation der aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehenden Versicherungsämter erfolgen, denen für die gesammte Arbeiterversicherung die lokalen Hilfseschäfte überwiesen werden sollen. Hierzu bemerkt die „Kln. Ztg.“: Man mag mit dem Verfasser, dem in seiner Stellung als Vorsitzender der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin eine reiche Erfahrung zur Seite steht, nicht in allen Punkten übereinstimmen. — Beispiels halber halten wir einen Vorschlag, unter Befestigung der vier Lohnklassen nur zwei Marken, eine für männliche und eine für weibliche Versicherte, einzuführen, für verfräht —, so wird man doch seinen Ausführungen mit Interesse folgen. Seinem Urtheile über die bisherige Organisation der Krankenkassen wünschen wir in weiten Kreisen Beachtung.

In Berliner aristokratischen Kreisen soll die Gründung eines konservativen Klubs geplant sein, der außer geistlichen Zwecken auch den verfolgten soll, der regierungsfreudlichen Agitation der Agrarier entgegenzutreten.

Wie die „Milit.-pol. Corr.“ erfahren haben will, wird im Zusammenhang damit, daß über drei Jahre das Bürgerliche Gesetzbuch in Kraft tritt, in der nächsten Zeit vollständige Erneuerung des gesammten Richterpersonals im ganzen deutschen Reich, vom Reichsgericht angefangen, sich vollziehen.

Mit dem Maximalarbeitstag im Bäckergewerbe beschäftigte sich am Montag eine große Versammlung der Bäckermeister der Berliner Innung „Germania“. Herr Winkler, Vorstandmitglied, theilte mit, daß er eine Audienz bei dem Unterstaatssekretär Lohmann gehabt habe. Dieser habe seine Mißbilligung darüber ausgedrückt, daß die Bäckermeister gegen den Maximalarbeitstag agitirten; es wäre richtiger, mit gutem Willen vorzugehen, dann würde man schon einig.